

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **71 (1991)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Jahr der parlamentarischen Wechselbäder

Wenn in den letzten Jahren die immer grösser werdende Distanz zwischen Volk und Parlament sozusagen zur stehenden Wendung nicht nur von Leitartiklern, Politologen und Soziologen, sondern auch in Stammtischgesprächen und Wählerzuschriften geworden war, so erscheint 1990 als ein parlamentarisches Ausnahmejahr. Kaum je zuvor wurde in den Debatten der eidgenössischen Räte so häufig und so intensiv die Volksstimmung als Zeugin angerufen oder gar als Menetekel beschworen. Dies geschah vor allem in den beiden grossen Redeschlachten über die Berichte von PUK I und PUK II, das heisst über die Ergebnisse der beiden «Parlamentarischen Untersuchungskommissionen» zum Thema der polizeilichen Geheimdossiers und der Geheimbereiche im Eidgenössischen Militärdepartement. Diese plötzliche «Volksnähe» strahlte aber auch auf weitere Sachgebiete des innenpolitischen Jahres aus.

Eine Zeitlang schienen diese massiv verstärkten Einwirkungen der publizierten wie der realen öffentlichen Meinung das Parlament zusammen mit den Direktwirkungen all der Krisen und Problemlagen an den Rand der Entscheidungsunfähigkeit zu bringen. Das übliche Wechselspiel der Meinungen zum Zwecke der Kompromiss- und Konsensfindung artete immer wieder in unversöhnliche Positionsbezüge und entsprechende Pattsituationen auch in Sachfragen aus. Die in mancher Hinsicht ausgefeilten Mechanismen der seit

dreissig Jahren bestehenden «Zauberformel»-Regierung mit den vier grössten Parteien als Exekutiv-Partnern verloren ihre Selbstverständlichkeit und mussten mehr und mehr gewissermassen von Fall zu Fall neu erstellt werden. Diese Tendenzen wurden noch verstärkt durch das herannahende Wahljahr. Das politische Pharisäertum all jener Gruppierungen, die sich nicht verantwortlich für den «Fischen-Staat» fühlten, feierte Urständ, während unter den Regierungsparteien das Schwarzpeter-Spiel zur Schwerpunktbeschäftigung zu werden drohte.

Das alles liess wenig Gutes für die politische Jahresbilanz erwarten — besonders auch, nachdem der im November publizierte «PUK II»-Bericht nochmals in breiteren Kreisen und vor allem im einschlägigen Teil der Medien eine Welle der Aufregung und Entrüstung auslöste. Die Dezembersession der eidgenössischen Räte brachte dann aber — eher unerwartet — eine deutliche Aufhellung. Es gelang zunächst einmal, einige schwierige Sachgeschäfte zu einem guten Abschluss zu bringen oder doch entscheidend voranzutreiben. So kam das hochkomplexe Sexualstrafrecht unter Dach, und der Energiesparbeschluss wurde verabschiedet.

Vor allem aber fanden sich die Regierungsparteien allen widrigen Rahmenbedingungen zum Trotz im anspruchsvollen Vorhaben einer «Neuen Finanzordnung» zu einer Kompromisslösung. Während Mona-

ten arbeitete eine Arbeitsgruppe unberührt vom öffentlichen Schlachtenlärm und abseits jeglicher Publizität auf dieses Kompromisspaket hin. Und es gelang schliesslich auch, das Konzept unversehrt durch die Ratsverhandlungen zu bringen. Und dies trotz extrem kontroversen Interessenlagen und entsprechenden kritischen Beigeräuschen aus einzelnen Wirtschafts- und Berufsgruppen. Wenn auch die entscheidende Belastungsprobe, der Urnengang des Volkes, noch bevorsteht und die Erfolgsprognosen wie bei allen Finanzabstimmungen gedämpft sind, so hat der sachlich-disziplinierte Verlauf der parlamentarischen Entscheidungsfindung doch berechtigtes Erstaunen ausgelöst.

Wider alles Erwarten klang das parlamentarische Jahr schliesslich auch an der «PUK-Front» eher versöhnlich aus. Zwar entwickelten sich zunächst im Ständerat und dann am zweitletzten Sessionstag auch in der Volksskammer Marathondebatten. Im Nationalrat zum Beispiel meldete sich ein volles Drittel der 200 Mitglieder zu Wort. Doch im Verlauf der rund zehnstündigen Diskussion setzte sich immer deutlicher eine gemässigte Tonart durch. Und als der zuvor während Wochen

von fast allen Seiten arg beschlossene Bundesrat Villiger unter langanhaltendem Beifall seine magistrale Rede abschloss, breitete sich im Grossteil des Nationalrats spürbar ein Gefühl der Erleichterung aus. Es fand anschliessend seinen Niederschlag auch in manchen Privatgesprächen über alle Parteigrenzen hinweg.

So keimte am Ende dieses schwierigen Jahres doch noch die Hoffnung auf, dass sich Regierung, Parlament und Volk 1991 nunmehr mit ganzer Kraft kreativeren Aufgaben zuwenden werden. Dazu ist es höchste Zeit. Der gewaltige Umbruch in der Welt verlangt auch von uns gebieterisch eine Neudefinition der internationalen Stellung unseres Kleinstaats. Die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Belastungsproben und Herausforderungen lassen keinen Raum mehr für selbstzerfleischende Vergangenheitsbewältigung im Stile von politischen Dschungelkriegen. Zwar gilt es noch immer, Restanzen aus den verschiedenen Affären aufzuarbeiten. Es besteht aber keinerlei Anlass, darob weiterhin die drängenden grossen Probleme der neunziger Jahre aus dem politischen Gesichtsfeld zu verlieren.

Richard Reich

Freiheit für alle?

Jahrzehntelang hat die westliche Welt «Freiheit» gerufen, wenn sie sich dazu legitimiert fühlte, dem Totalitarismus des kommunistischen Ostens den Spiegel vorzuhalten. Und weil ehemals im Spannungsfeld des Ost-West-

Konflikts die Gelegenheiten, die eigene Ideologie als beispielhaft hinzustellen und sie als einzig richtigen Weg in die Zukunft zu affizieren, nicht selten waren, ertönte der Ruf nach Herstellung und Beachtung der Menschen-

rechte, der individuellen Freiheitsrechte, sozusagen pausenlos. In der Tat: die Eckpfeiler des Wertesystems, das den westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen zugrunde liegt, konzentrieren sich auf jene freiheitlichen Postulate, für die sich die liberalen Vorväter einst stark gemacht und die sie schliesslich durchgesetzt hatten. In der EG haben sie in der Forderung, es müssten in einem neuen Integrations-schub die «vier Freiheiten» — Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs — *integral* hergestellt werden, eine brennende Aktualität erfahren. Die Geschichte lehrt, dass der Kampf um und die Verteidigung von individuellen Freiheitsrechten zu den permanenten Phänomenen der Menschheitsgeschichte gehören. Sie sind offenbar nie und nirgends auf Dauer gesichert. Auch der geschichtsträchtige Umbruch in Mittel- und Osteuropa lässt sich als dramatische Auseinandersetzung um die Beseitigung von freiheitsfeindlichen Regimen interpretieren. Er trägt alle Merkmale eines eigentlichen Freiheitskampfes.

Nun, da dieser Kampf wenn noch nicht durchwegs, so doch in manchen Bereichen des einst roten Imperiums *gewonnen* zu sein scheint, bekommen nicht wenige, die sich mit Engagement und in lauterer Absichten an der politischen Front um mehr individuelle Freiheiten einsetzen, *kalte Füsse*. Die Vision und Befürchtung, dass sich dann, wenn die Völker Osteuropas uneingeschränkte Reisefreiheit genießen, wenn die Menschen ihre Pässe — was für die Eidgenossen eine Selbstverständlichkeit ist — zuhause griffbereit haben, eine *Wanderungsbewegung* von schwer abschätzbaren Dimensionen in Gang setze, könnte sich durchaus in Realität umsetzen. Und dies nicht

zuletzt deshalb, weil vom Wirtschaftsgefälle noch auf einige Zeit eine beträchtliche Wanderungs-Attraktivität ausgehen wird. Die Regel, dass politische Asylanten scharf von Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden seien, kommt dann ins Schwimmen, wenn in Osteuropa durch die miserable Versorgungslage die Deckung elementarer Lebensbedürfnisse nicht mehr sichergestellt werden kann. Oder kann sich die Auswanderung wegen Hunger nicht auf ein Menschenrecht berufen? Die freiheitsliebenden Länder des Westens reagieren auf solche Vorstellungen schon heute mit Nervosität. Sie schotten ihre Grenzen mit Restriktionen der verschiedensten Art ab. Die Freiheitsprotagonisten von ehemals üben sich in *Freiheitsbeschränkungen*. Natürlich lässt sich dieses Verhalten begründen; peinlich ist es deshalb trotzdem allemal. Neue mexikanisch-amerikanische Grenzen in Europa? Und dies nach dem Verschwinden der Berliner Mauer. Diese Horrorvorstellung hat etwas Beklemmendes.

Im Blick auf die Bewältigung solcher Situationen ist die These im Schwange, es müsse durch grosszügige *wirtschaftliche Hilfe* an die durch den Kommunismus ausgepöberten Länder der Entstehung eines neuen Asylantenstromes entgegengewirkt werden. Die Wirtschaftshilfe symbolisiert nicht, oder nicht allein, Selbstlosigkeit; sie enthält vielmehr eine kräftige Komponente Eigeninteresse. Diese Position besitzt indessen eine nur vordergründige Plausibilität, weil sachlich schwer anfechtbare Untersuchungen nachweisen, dass der Lebensstandard der westlichen Länder *nicht globalisierbar* ist, es sei denn, die entwickelten Industriestaaten verzichteten sozusagen freiwillig auf einen Teil ihres hohen Lebensstan-

dards. Glaubt jemand im Ernst an diese Opferbereitschaft? Wo aber stehen im Lichte dieses Szenarios die Liberalen

mit ihren Freiheitsthesen? Darüber sollte im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit nachgedacht werden.

Willy Linder

Macht verbraucht...

Dem Politiker Giulio Andreotti wird glaubhaft die Maxime zugeschrieben: *«Macht verbraucht — vor allem jene, die sie nicht haben.»*

Der Zustand der linken Opposition in Deutschland und der Rechten in Frankreich bestätigt derzeit diese gewiss relative, aber nicht zu unterschätzende Erkenntnis.

Frankreich und die Bundesrepublik — nunmehr kann sie einfach «Deutschland» genannt werden — haben sich politisch oft gegenläufig entwickelt. Brandt — Pompidou, Schmidt — Giscard d'Estaing, Kohl — Mitterrand. Das Einvernehmen hat dieser wechselnde Kontrast nicht gestört. Am harmonischsten war das Partnerverhältnis zwischen Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt. Ihre Freundschaft hat beider Ablösung überdauert.

Michel Rocard hat den Verlust der kommunistischen Stimmen, die als unersetzlich galten, in einer entscheidenden Abstimmung verkraftet. Die Personen- und Flügelkämpfe der Sozialisten, die Distanz Mitterrands zum Premierminister wurden nie zur Zerreissprobe. Der rechte Oppositionsführer Jacques Chirac — mit Giscard d'Estaing trotz aller gegenteiligen Proklamierungen in Konkurrenz, während sich auch jüngere Anwärter zu profilieren suchen — hat im Fernsehen geklagt, Charles de Gaulle wäre nie

unter den Umständen Präsident geblieben, unter denen Mitterrand die «cohabitation» durchgestanden hat. Er sei «eleganter» gewesen. Doch Mitterrand hat eine Niederlage in einen Sieg der Person und der Partei zu verkehren gewusst. Chirac hingegen hat die Mitte und die Rechte nicht geeinigt. Der «Front National» schwächt die Rechte, während die Kommunisten den Sozialisten nichts mehr anhaben können. Gründe zu Unzufriedenheit und Gelegenheit sie auszunutzen haben Opponenten immer, aber in ihrer Zerissenheit wissen die bürgerlichen Parteien nichts damit anzufangen. Im Gegenteil: die Kluft die Liberale und Neogaulisten hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft trennte und überwunden schien, wird von Chiracs Partei wieder aufgerissen.

In Deutschland haben die Sozialdemokraten den Niedergang der Grünen, die keine Fraktionsstärke mehr erreichten, nicht nützen können wie die französischen Sozialisten den Niedergang der Kommunisten. Sie hatten in einem Dritteljahrhundert kein so enttäuschendes Wahlergebnis wie jetzt. Es nützte auch nichts, dass die CDU-CSU selber Verluste erlitten.

Es besteht ein eigentümliches Verhältnis der traditionsreichsten deutschen Partei zu ihren Bannerträgern. Helmut Schmidt ist nicht wegen der

Abkehr der FDP gestürzt, sondern wurde von seiner Partei verlassen, deren Führung er nicht gesucht hatte. Kandidat Rau war einem Teil der Partei nicht links genug. Kandidat Lafontaine führte in den beiden Teilen Deutschlands verschiedene Sprachen. Sein oft wiederholter Spruch «*Wer viel verdient und sozialdemokratisch wählt, wäre blöd*» mag Bundesbankpräsidenten Pöhl oder Mercedeschef Reuter, die nicht die einzigen gutverdienenden Sozialdemokraten sind, verwundert haben. Doch hatte die Niederlage nur zum kleineren Teil mit der Person zu tun. Vor einer unvermeidlichen Auf-

gabe erschien der Bundeskanzler als Motor, die sozialdemokratische Partei als Bremse.

Keine Niederlage ist in der Demokratie unumkehrbar. Präsident Mitterrand wird Michel Rocard nicht über sieben Jahre im Palais Matignon halten. Und mit einem neuen Premierminister kann sich vieles ändern. Der neue sozialdemokratische Parteipräsident Engholm ist zwar räumlich weit weg von Bonn, doch die Person und die politische Richtung ist stimmig. Es mag sein, und wäre auch Zeit, dass ein Bannerträger wieder als «*Hoffnungsträger*» erscheint.

François Bondy



5300 Turgi 056 33 01 11

8023 Zürich 01 272 58 44